

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5626

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5626](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5626)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

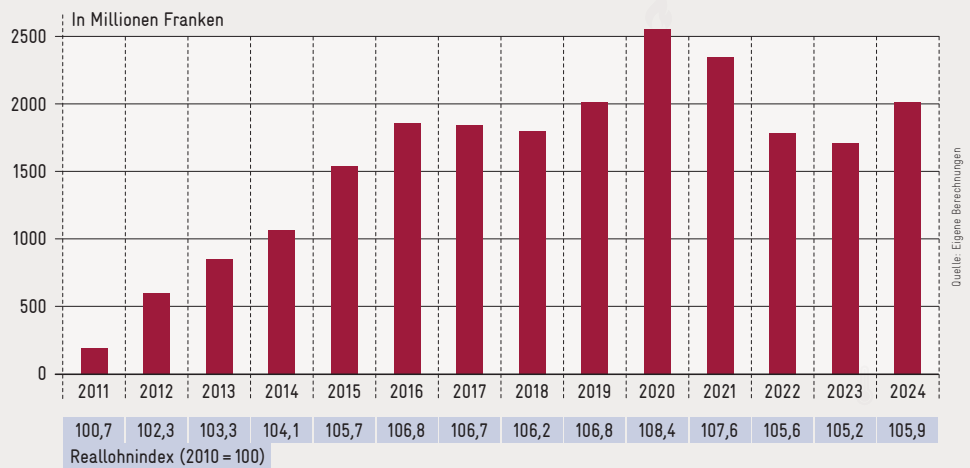
# Warme Progression – die stille Steuererhöhung

Die warme Progression führt bei steigenden Einkommen im Lauf der Zeit automatisch zu einer steigenden Fiskalquote. Die Effekte gehen schnell in die Milliarden und lasten auch auf dem Mittelstand.

## Ausgangslage

Mit progressiven Steuern wird erreicht, dass einkommensstärkere Haushalte überproportional zur Finanzierung des Staats beitragen. Ein Nebeneffekt davon: Wachsen im Zeitverlauf gesamtwirtschaftlich die Einkommen, so steigt auch die Steuerquote. Der inflationsbedingte Teil dieses Anstiegs, die kalte Progression, wird von Bund und Kantonen zwar kompensiert – nicht aber der kaufkraftwirksame Teil: die warme Progression. Steigende Reallöhne führen deshalb kaum sichtbar zu schleichenden, schlecht legitimierten Steuererhöhungen. Ein Ausgleich der warmen Progression wäre technisch gesehen einfach, das Interesse der öffentlichen Hand daran scheint aber gering.

## Warme Progression bei Bund und Kantonen gegenüber 2010



Die Säulen zeigen, welchen Effekt die warme Progression gegenüber dem Jahr 2010 auf die Steuerlast der folgenden Jahre hatte. Dargestellt ist die zusätzliche Steuerlast auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene im Vergleich zu einem Szenario ohne warme Progression.

## Facts

# 22 Mrd. Fr.

So viel zahlten die Schweizer Haushalte von 2011 bis 2024 «zu viel» Einkommenssteuern an den Bund, die Kantone und die Gemeinden, wenn man die Auswirkungen der warmen Progression ausgehend vom Jahr 2010 berechnet.

■ **Der Bund:** Der Effekt der warmen Progression ist hier – wegen der starken Progressivität des Steuersystems – besonders hoch: Steigen die Reallöhne durchschnittlich um 1%, erhöht sich die mittlere Steuerlast um beinahe 2%.

■ **Die Kantone und ihre Gemeinden:** Hier fällt der relative Effekt der warmen Progression geringer aus. Der Faktor für den Anstieg der Steuerlast liegt zwischen 1,4 und 1,6. Absolut betrachtet sind die Auswirkungen auf Kantons- und Gemeindeebene aber grösser, da das Steuervolumen hier viel höher ist als beim Bund.

■ **Verteilungseffekte:** Die warme Progression beeinflusst nicht nur das Volumen, sondern auch die Verteilung der Steuerlast: Der vom Mittelstand getragene Anteil steigt, der von den reichen Haushalten getragene Anteil sinkt. Das passiert, weil immer mehr Haushalte in die höchsten Tarifstufen rutschen.

■ **Falsche Kompensation:** Die öffentliche Hand gibt die Mehrerträge der warmen Progression derzeit aus, sie gewährt damit neue Steuerabzüge (von denen spezifische Wählergruppen profitieren), oder sie senkt den Steuerfuss. Keine dieser Massnahmen kompensiert die warme Progression korrekt.

## Empfehlungen

Um die **kalte Progression** zu kompensieren, werden die **Steuertabellen jährlich an die Teuerung angepasst**. Das geschieht über eine Erhöhung der Einkommensgrenzen der Steuertarife – und aller in absoluten Zahlen definierten Abzüge – proportional zur Veränderung des Landesindex der Konsumentenpreise (LIK). Mit

dem gleichen Vorgehen könnte zusätzlich auch die **warme Progression** ausgeglichen werden. Statt am LIK müsse man sich neu einfach **am Nominallohnindex orientieren**. Damit würden jegliche Verteilungseffekte vermieden, und es wäre gewährleistet, dass die Steuerlast nicht mehr automatisch stärker als die Löhne steigt.

